

# Pressemitteilung



## Reinhardt: Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss resilienter werden

Pressestelle der  
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

**Berlin, 13.06.2024** – Eine nachhaltige Stärkung und zukunftssichere Finanzierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) hat Dr. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer gefordert. „Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Umbrüche, die auch mit Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung einhergehen, wird der ÖGD als Dritte Säule des Gesundheitssystems zunehmend wichtiger“, sagte Reinhardt anlässlich der Bundesärztekammer-Tagung „Public Health vor Ort: Gegenwart und Zukunft eines krisenfesten Öffentlichen Gesundheitsdienstes“ in Berlin. Der ÖGD müsse resilienter werden, um so den künftigen Krisen – wie der Verschärfung sozialer Ungleichheit, dem Klimawandel und der befürchteten Zunahme von Epidemien – Stand halten zu können.

Die Ärzteschaft fordert nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie eine bessere Ausstattung der Gesundheitsämter. Bereits im Jahr 2013 hat sich der Deutsche Ärztetag dafür ausgesprochen, den ÖGD so zu stärken, dass sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheit entgegengewirkt werden kann. Der Ärztetag betonte schon damals, dass auch denjenigen Patientengruppen eine angemessene gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen sei, die durch die Regelversorgung zum Teil schwerer erreicht werden können. Dies ist zum Beispiel bei Menschen mit Suchterkrankungen, Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen, Kinder und Jugendlichen aus sozial schwierigen Verhältnissen oder Menschen mit Behinderungen der Fall.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter [www.bundesaerztekammer.de](http://www.bundesaerztekammer.de)

Ansprechpartner:  
Samir Rabbata  
Tel. (030) 40 04 56-700  
Fax (030) 40 04 56-707  
[www.baek.de](http://www.baek.de)  
[presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

Der BÄK-Präsident sprach sich außerdem dafür aus, die Leitung der Gesundheitsämter in ärztliche Hände zu legen und den ärztlichen Nachwuchs gezielt zu fördern. „Eng damit verbunden ist die Anpassung der tariflichen Bezahlung der im Öffentlichen Gesundheitsdienst tätigen Ärztinnen und Ärzten an die der ambulanten und stationären Versorgung. Auch hier müssen wir in den Dialog treten und zeitnah nachhaltige Lösungen finden“, so Reinhardt weiter. Er rief die politischen Entscheidungsträger zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auf. Als Beispiel nannte er eine Verlängerung des im Zuge der Corona-Pandemie ins Leben gerufenen „Pakts für den ÖGD“ über das Jahr 2026 hinaus. „Die Bundesärztekammer wird sich als Vertretung der Ärzteschaft in Deutschland auch dafür einsetzen, dass die Bedingungen der Fachärztinnen und Fachärzte für Öffentliches Gesundheitswesen verbessert und zukunftssicher ausgestaltet werden“, stellte Reinhardt klar.